



Antrag an den Landesparteitag der ÖDP Bayern am 27. September 2014

## Politik für Menschen statt Konzerndiktat!

Die bayerische ÖDP fordert, die laufenden Verhandlungen über die Freihandelsabkommen TTIP und TiSA sowie die Freihandelsverhandlungen mit den AKP-Staaten einzustellen und das fertig verhandelte CETA-Abkommen nicht zu ratifizieren. Freihandelsabkommen, die soziale und ökologische Standards gefährden und staatliches Handeln durch von Konzernen dominierte Schiedsstellen einschränken, lehnen wir kategorisch ab.

Die bayerische ÖDP unterstützt die europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ bei der Sammlung der notwendigen eine Million Unterschriften aus sieben EU-Ländern. Die bayerische ÖDP ist nicht gegen Handel, aber wir wollen eine klare Prioritätensetzung: Mensch und Planet vor Wirtschaft! Daher befürworten wir die Ideen der Allianz „Alternatives Handelsmandat“ ([www.alternativtrademandate.org](http://www.alternativtrademandate.org)).

### Begründung:

TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Bereits der Titel ist eine Mogelpackung. Es geht eben nicht wie bei Freihandelsabkommen üblich um den Abbau von Zollschränken. Derartige Zollschränken zwischen der EU und den USA bestehen bereits heute praktisch nicht mehr. Es geht um so genannte „nichttarifäre Handelshindernisse“. Mindestlohn, die Mitbestimmung im Rahmen der Sozialpartnerschaft, die kommunale Daseinsvorsorge, Verbraucher- und Umweltschutzvorschriften – aus Sicht der neoliberalen Lobbyisten sind dies alles „nichttarifäre Handelshindernisse“. Aber nicht nur der Vertragsinhalt ist ein Skandal, auch die Art und Weise der Verhandlung ist skandalös. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, es verhandeln keine gewählten Vertreter, die Lobbyisten geben sich die Klinke in die Hand und die Öffentlichkeit bleibt ausgeschlossen.

Die öffentliche Debatte zu den Freihandelsabkommen wird derzeit von den bekannten Themen wie Hormonfleisch, chlorgebadetes Geflügel, genmanipulierte Lebensmittel bestimmt. Noch bedeutender ist die Absicht, eine private Sondergerichtsbarkeit durch geheim tagende Schiedsstellen für internationale Konzerne einzurichten.

Dieser Generalangriff auf unsere Demokratie steckt in dem Investitionsschutzabkommen, das im TTIP-Vertrag beinhaltet ist. Europäische Unternehmen sollen dann die Möglichkeit haben, die USA vor einer Schiedsstelle zu verklagen und umgekehrt amerikanische Unternehmen die Staaten der Europäischen Union. Ursprünglich waren Investitionsschutzabkommen dafür gedacht, Investoren vor willkürlichen Enteignungen in solchen Staaten zu schützen, in denen die Unparteilichkeit der Gerichte und das Rechtsstaatsprinzip zumindest zweifelhaft waren. So hat Deutschland 1959 sein erstes Investitionsschutzabkommen mit Pakistan unterzeichnet. Pakistan gab ein Stück seiner staatlichen Souveränität ab, in dem es die Entscheidungskompetenz bei derartigen Streitigkeiten an eine so genannte Schiedsstelle abgetreten hat. Im Gegenzug wurde Pakistan für Investoren attraktiver.

b.w.

Wie arbeitet diese Schiedsstelle (offizielle Bezeichnung Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten)?

Erster Unterschied zu herkömmlichen Gerichtsverfahren: Es gibt keine festen Richter, es werden jeweils drei juristische Fachleute aus vielen verschiedenen Ländern für das jeweilige Verfahren berufen.

Zweiter Unterschied: Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Dritter Unterschied: Gegen ein Urteil kann man kein Rechtsmittel vor einer höheren Instanz einlegen, keine Berufung, keine Revision. Der Urteilsspruch der ersten Instanz ist rechts- und bestandskräftig und muss von den Vertragsstaaten anerkannt werden. Die Gesetze des beklagten Staates spielen dabei keine Rolle mehr.

Vierter Unterschied: Der Staat ist immer der Beklagte, Kläger kann nur ein Investor sein, in der Praxis die internationalen Konzerne. Der Staat kann nur Geld verlieren, nicht gewinnen.

Wenn dieses Investitionsschutzabkommen im Rahmen von TTIP beschlossen wird, stehen wir vor einer gigantischen Selbstentmachtung der Politik. Was kann sich ein Staat noch erlauben, ohne verklagt zu werden? Wenig bis gar nichts!

Übrigens ziehen andere Staaten wie Australien, Brasilien, Indien bereits Konsequenzen. Sie schließen keine neuen Abkommen ab und kündigen alte Verträge auf. Ganz anders die EU-Kommission, die TTIP mit aller Macht durchsetzen will.

Bei TTIP, CETA und TiSA gewinnen weder die Wirtschaft, noch der Mittelstand oder gar die Menschen. Es gewinnen nur einige wenige multinationale Konzerne und deren Aktionäre.

Zudem muss sich die Gesellschaft die Frage stellen: Brauchen wir weiteres Wachstum? Und wenn ja, welches Wachstum ist für das Gemeinwohl und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen überhaupt nötig? Grundsatzfragen dieser Art sind bei den Freihandelsverhandlungen nicht einmal Randthema.

*Beschlossen auf dem Landesparteitag der bayerischen ÖDP am 27.09.2014*